

Herr Jäckel begründet noch einmal kurz den Antrag der FDP-Fraktion. Er verweist auf eine Vielzahl junger Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekämen. Die Einrichtung eines Ausbildungszentrums sei keine einfache Sache. So müsse beispielsweise statistisches Zahlenmaterial zusammengestellt werden. Es würde auch Sinn machen, wenn die Gemeinden Eitorf, Ruppichteroth und Windeck gemeinsam tätig würden. Ziel sei, in Düsseldorf mit dem entsprechenden Zahlenmaterial die erforderlichen Mittel zu beantragen.

Herr Dehnert verweist auf die sog. „Laumann-Förderung“. Die Frist für die aktuelle Mittelbeantragung sei seiner Information nach aber bereits im Dezember abgelaufen und die Standorte vergeben. Der Minister habe in einer Pressemitteilung erklärt, dass es sich bei diesem Förderprogramm um einen „Notnagel“ handle, der maximal auf drei Jahre befristet sei.

Herr Duldhardt hält es für sinnvoll, das Thema im JASA weiter zu erörtern.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Thema unter dem Aspekt „Wirtschaftsförderung“ heute auf die Tagesordnung des Hauptausschusses gekommen sei, allerdings betreffe das Thema hauptsächlich die Jugend. Insofern teile er die Auffassung, den Punkt in den JASA zu verweisen.

Herr Jäckel erklärt sich mit der Vorschlagsweise einverstanden. Heute noch habe er mit Düsseldorf telefoniert. Dort habe man ihm gesagt, dass Maßnahmen im beantragten Sinne auf jeden Fall prüfwürdig seien.

In weiteren Wortmeldungen schlagen die Herren Dehnert, Diwo und Duldhardt vor, vor der Sitzung des JASA mögliche Fördermöglichkeiten zu eruieren und diese dann in die Beratung JASA mit einfließen zu lassen.

Unabhängig vom heutigen Beratungsgegenstand schlägt Herr Diwo vor, bei der Gemeinde Eitorf generell eine Person zu benennen, die sich ausschließlich damit beschäftigt, Fördermöglichkeiten für verschiedene Bereiche zu ermitteln.

Der Bürgermeister erklärt, dass das Thema im Hause personell geregelt sei, wenn auch nicht in der von Herrn Diwo vorgeschlagenen Ausschließlichkeit.

Herr Duldhardt bittet, im Falle einer drohenden Fristversäumung vor dem JASA entweder den kommenden Rat entscheiden zu lassen oder eine Dringlichkeitsentscheidung herbeizuführen.

Herr Pfister verweist auf Presseberichterstattung in den letzten Wochen. Es sei über ein Ausbildungszentrum in St. Augustin berichtet worden. Die Maßnahme werde von der EU unterstützt. Die Kommune habe lediglich eine Halle zur Verfügung gestellt. Seiner Erinnerung nach, würden dort 50-70 Jugendliche im KFZ-Bereich ausgebildet. Herr Pfister regt an, diese Maßnahme ebenfalls in die Prüfung einzubeziehen.

Herr Tandler berichtet aus seiner beruflichen Erfahrung. Die Nachfrage bei den Berufskolleg sei unter anderem deshalb so hoch, weil die Jugendlichen keine Ausbildungsstellen bekämen. Auf verschiedenen Ebenen würde bereits Hilfe angeboten, so z.B. über die Kirchen, andere Träger oder staatliche Stellen. Die Zahl der Jugendlichen, die zur Zeit keine Ausbildungsstellen bekämen, seien dem Kreis bekannt.

Nach weiteren Wortmeldungen fasst der Bürgermeister das Beratungsergebnis zusammen.